

Öffentliche Bekanntmachung

Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der öffentlichen Feuerwehren der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Aufgrund § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 777), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2023 (GVOBl. MV S. 934, 939), und der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes M-V in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. April 2005 (GVOBl. M-V S. 146), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Mai 2023 (GVOBl. M-V S. 650), sowie des Gesetzes über den Brandschutz und die Technischen Hilfeleistungen durch die Feuerwehren für Mecklenburg-Vorpommern (Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz M-V - BrSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Dezember 2015 (GVOBl. M-V S. 612), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juni 2022 (GVOBl. M-V S. 400, 402), hat die Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom 12. Juni 2024 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Tatbestand

(1) Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Feuerwehren der Hanse- und Universitätsstadt Rostock wird Kostenersatz erhoben für

1. die Technische Hilfeleistung, soweit sie nicht nach § 25 Abs. 1 BrSchG unentgeltlich ist
 - Einsätze, bei denen die Gefahr oder der Schaden durch den Betrieb von Schienen-, Luft-, Wasser- oder Kraftfahrzeugen entstanden sind, ausgenommen sind Einsätze zur Rettung von Menschenleben;
 - wenn die Gefahr oder der Schaden beim Umgang mit Gefahrstoffen oder wassergefährdenden Stoffen entstanden ist,
 - sowie die Technische Hilfeleistung, die durch Wasser- oder Gasausströmung notwendig wird;
2. Fehlalarmierung durch Brandmeldeanlagen, insbesondere in den Fällen von Täuschungsalarmen, technischen Defekten oder böswilligen Alarmierungen;
3. den Einsatz von Sonderlösch- oder Sondereinsatzmitteln bei Gewerbe- und Industriebetrieben;
4. missbräuchliche Alarmierung;
5. vorsätzliche oder grob fahrlässige Herbeiführung der Gefahr oder des Schadens;
6. die Bergung von Tieren bei nicht vorliegendem Notfall;
7. Hilfeleistungen der Feuerwehr aufgrund einer Antragsstellung;
8. Brandsicherheitswachen.

(2) Die Pflicht zum Kostenersatz besteht auch dann, wenn die Leistung der Feuerwehr am Einsatzort nicht mehr erforderlich ist, weil die Alarmierung widerrufen worden ist oder der Anlass für die Leistung nicht oder nicht mehr besteht.

§ 2 Schuldnerin oder Schuldner

Als Schuldnerin oder Schuldner werden herangezogen:

1. die Fahrzeughalterin oder der Fahrzeughalter, wenn die Gefahr oder der Schaden beim Betrieb von Kraft-, Schienen-, Luft- oder Wasserfahrzeugen entstanden ist, sowie Ersatzpflichtige in sonstigen Fällen der Gefährdungshaftung;
2. die Transportunternehmerin oder der Transportunternehmer, Eigentümerin oder Eigentümer, Besitzerin oder Besitzer oder sonstige Nutzungsberechtigte, wenn die Gefahr oder der Schaden beim Umgang mit Gefahrstoffen oder wassergefährdenden Stoffen entstanden ist;
3. die Eigentümerin oder der Eigentümer, Besitzerin oder der Besitzer oder sonstige Nutzungsberechtigte einer Brandmeldeanlage, wenn der Einsatz Folge eines Fehlalarms war;
4. wer die Feuerwehr grundlos alarmiert;
5. wer den Einsatz vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht;
6. die Halterin oder der Halter eines Tieres, das gerettet oder geborgen wurde;
7. die juristische oder natürliche Person, die Hilfeleistungen der Feuerwehr nach Antrag in Anspruch nimmt, die gebührenpflichtig sind;
8. die juristische oder natürliche Person, die Sicherheitswachen nach § 21 des BrSchG in Anspruch nimmt;
9. die Eigentümerin oder der Eigentümer der Sache, deren oder dessen Zustand die Leistung erforderlich gemacht hat, oder diejenige oder derjenige, die oder der die tatsächliche Gewalt über eine solche Sache ausübt.

§ 3 Kostenersatz

Der Kostenersatz ergibt sich aus dem Tarif, der als Anlage Bestandteil dieser Satzung ist. Er besteht aus den Personalkosten für die Angehörigen der Feuerwehr, den Fahrzeug- und Gerätekosten sowie den Sachkosten und wird nach der Maßgabe des § 4 dieser Satzung erhoben.

§ 4 Tarif

- (1) Die Personalkosten ergeben sich aus dem Personalkostensatz, der Anzahl der eingesetzten Angehörigen der Feuerwehr und der Einsatzdauer. Die Personalkostensätze ergeben sich aus den Jahresarbeitsstunden der Einsatzkräfte und den abgerechneten Personalaufwendungen des vorherigen Haushaltsjahres.
- (2) Die Kosten für die eingesetzten Fahrzeuge und Geräte werden auf der Basis der Einsatzzeit berechnet.
- (3) Die Sachkosten für Schaummittel, Ölbindemittel usw. werden verbrauchsabhängig und in voller Höhe des jeweiligen Kaufpreises berechnet.

(4) Alle Einsätze werden minutengenau in Zeiteinheiten von je einer Minute berechnet. Die kostenpflichtige Zeit beginnt mit der Alarmierung und endet mit dem Eintreffen an der jeweiligen Feuerwache bzw. nach einer besonders erforderlichen Reinigung des Fahrzeuges. Maßgeblich ist insoweit der Einsatzbericht. Ergeht auf der Rückfahrt zur Feuerwache ein neuer Einsatzbefehl, so endet der bisherige Einsatz und es beginnt der folgende Einsatz.

(5) Sollten Fremddienstleistungen von Dritten in Anspruch genommen werden, werden diese Leistungen der Kostenersatzschuldnerin oder dem Kostenersatzschuldner ebenfalls in Rechnung gestellt.

(6) Mehrere Kostenersatzschuldner haften als Gesamtschuldner.

(7) Sollten einzelne Leistungen dieser Satzung der Umsatzsteuer unterliegen, erhöht sich der Betrag um die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer.

§ 5 Entstehung und Fälligkeit

(1) Die Pflicht zum Kostenersatz entsteht mit der Verwirklichung des Kostenersatztatbestandes. Erfolgt eine Leistungserbringung auf Antrag, so entsteht die Pflicht zum Kostenersatz mit Antragsbewilligung.

(2) Die zu zahlenden Gebühren und Auslagen werden durch Gebührenbescheid festgesetzt. Die Gebührenschuld wird einen Monat nach der Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

§ 6 Auslagenersatz

Werden bei der Inanspruchnahme der Feuerwehr besondere Auslagen notwendig, zum Beispiel durch Verbrauch von Material, so sind diese zu erstatten. Für das Entstehen der Gebühren und Fälligkeit gilt § 5 dieser Satzung.

§ 7 Schlussbestimmungen

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2020 in Kraft und ersetzt die Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der öffentlichen Feuerwehren der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom 20. März 2020, veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Nr. 6 vom 11. April 2020, zuletzt geändert durch die Erste Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der öffentlichen Feuerwehren der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom 2. Juni 2022, veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Nr. 12 vom 25. Juni 2022.

Rostock, 21. Juni 2024

Eva-Maria Kröger
Oberbürgermeisterin

Anlage

Anlage zur Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der öffentlichen Feuerwehren der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Kostentarif

1. Personalkosten

Personalkosten/pro Person	je Minute (€)	je Stunde (€)
Personalkosten Berufsfeuerwehr	0,62	37,29
Freiwillige Feuerwehr	0,37	22,48

2. Fahrzeug- und Gerätekosten

Einsatzleitfahrzeuge	je Minute (€)	je Stunde (€)
Einsatzleitwagen (ELW)	0,51	30,82
Kommandowagen (Kdw)	1,07	63,92

Löschfahrzeuge

Hilfeleistungslöschfahrzeug (HLF)	4,49	269,25
Tanklöschfahrzeug (TLF)	0,93	55,57
Löschgruppenfahrzeug (LF)	3,19	191,27

Hubrettungsfahrzeuge

Drehleiter (DL)	2,69	161,69
-----------------	------	--------

Einsatzfahrzeuge, Gerätefahrzeuge, Abrollbehälter

Gerätewagen (Taucher, Höhenrettung)	0,86	51,33
Gerätewagen Tier	1,13	67,84
Wechseladerfahrzeug	1,05	63,23
Abrollbehälter sämtlicher Art	0,21	12,33
Feuerlöschboot	10,14	608,65

Sonstige Fahrzeuge

Sonstige Fahrzeuge	1,07	64,44
--------------------	------	-------

3. Sachkosten

Die Sachkosten für Schaummittel, Ölbindemittel usw. werden in voller Höhe des jeweiligen Kaufpreises berechnet.

1. Die vorstehende von der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock am 12. Juni 2024 beschlossene Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.
2. Es wird darauf hingewiesen, dass ein Verstoß gegen Verfahrens- und Formvorschriften, die sich aus der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 777), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Mai 2024 (GVOBl. M-V S. 154), ergeben oder die aufgrund dieser erlassen worden sind, gemäß § 5 Abs. 5 Kommunalverfassung M-V nach Ablauf eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann.

Diese Folge tritt nicht ein, wenn der Verstoß innerhalb der Jahresfrist schriftlich unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock geltend gemacht wird.

Eine Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften kann abweichend von Punkt 2 Satz 1 stets geltend gemacht werden.

Rostock, 21. Juni 2024

Eva-Maria Kröger
Oberbürgermeisterin